

**Beschluss 53 der Sitzung des Landesvorstandes
DIE LINKE. Thüringen am 29. 9. 2017**

(Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen)

Für ein echtes sozial-ökologisches „Tariftreue- und Vergabegesetz“ in Thüringen

Steuergelder sind sozial und ökologisch verantwortungsvoll einzusetzen. Die Thüringer Vergabe- und Beschaffungspolitik soll dazu an sozialen und ökologischen Kriterien neu ausgerichtet werden. Bestehende positive Länderregeln sollen berücksichtigt werden.

Wir fordern insbesondere:

1. einen vergabespezifischen Mindestlohn in Höhe der untersten TVÖD-Lohngruppe, sofern keine abweichende tarifrechtliche Grundlage geltend gemacht werden kann,
2. „soll“ statt „kann“-Regelungen als verbindliche Regelungen zur Umsetzung von sozialen und ökologischen Vergabe- und Beschaffungskriterien,
3. Übernahme der Beschäftigten nach Betreiberwechsel in Folge von Vergaben im Verkehrssektor - „Muss-Vorschrift“ zum Personalübergang
4. Absenkung der Wertgrenzen – mehr Profiteure der sozial-ökologischen Vergabe und Beschaffungspraxis - „Servicestelle sozial-ökologische Vergabe“.

Angesichts der nach wie vor bestehenden Lohnlücke Ost/West, dem hohen Anteil an prekärer Beschäftigung in Thüringen und dem nach wie vor bestehenden Gefahr der Vergabe an den billigsten Bieter zu Lasten tariftreuer, solider Unternehmen, fordern wir die grundlegende Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes. Es ist nicht akzeptabel das mit Steuergeldern finanzierte Aufträge und Beschaffungen an Billiganbieter vergeben werden, diese Lohndumping (einschließlich der Nutzung von Hartz-IV-Lohnersatzleistungen) und ruinösen Wettbewerb betreiben und letztlich tariftreue Unternehmen niederkonkurrieren. Klimawandel und Energiewende sind die Stichwörter, die eine ökologische Ausrichtung von Vergaben und Beschaffung alternativlos machen.